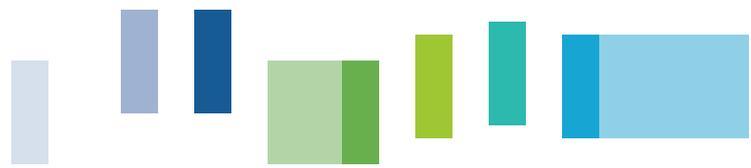




IHK BERLIN

# Arbeitsprogramm 2024 für die Berliner Wirtschaft



# Arbeitsprogramm 2024 der Berliner Wirtschaft

## Inhalt

Ziel: Berlin soll eine moderne Weltmetropole werden	2
Berlin braucht wirksame Bildung	5
Berlin braucht zukunftsfähiges Unternehmertum	10
Berlin braucht eine pragmatische Stadtentwicklung	14
Berlin braucht innovatives Wachstum	18
Berlin braucht eine funktionierende Stadtverwaltung	22
Berlin braucht eine leistungsstarke Industrie- und Handelskammer	23

## Ziel: Berlin soll eine moderne Weltmetropole werden

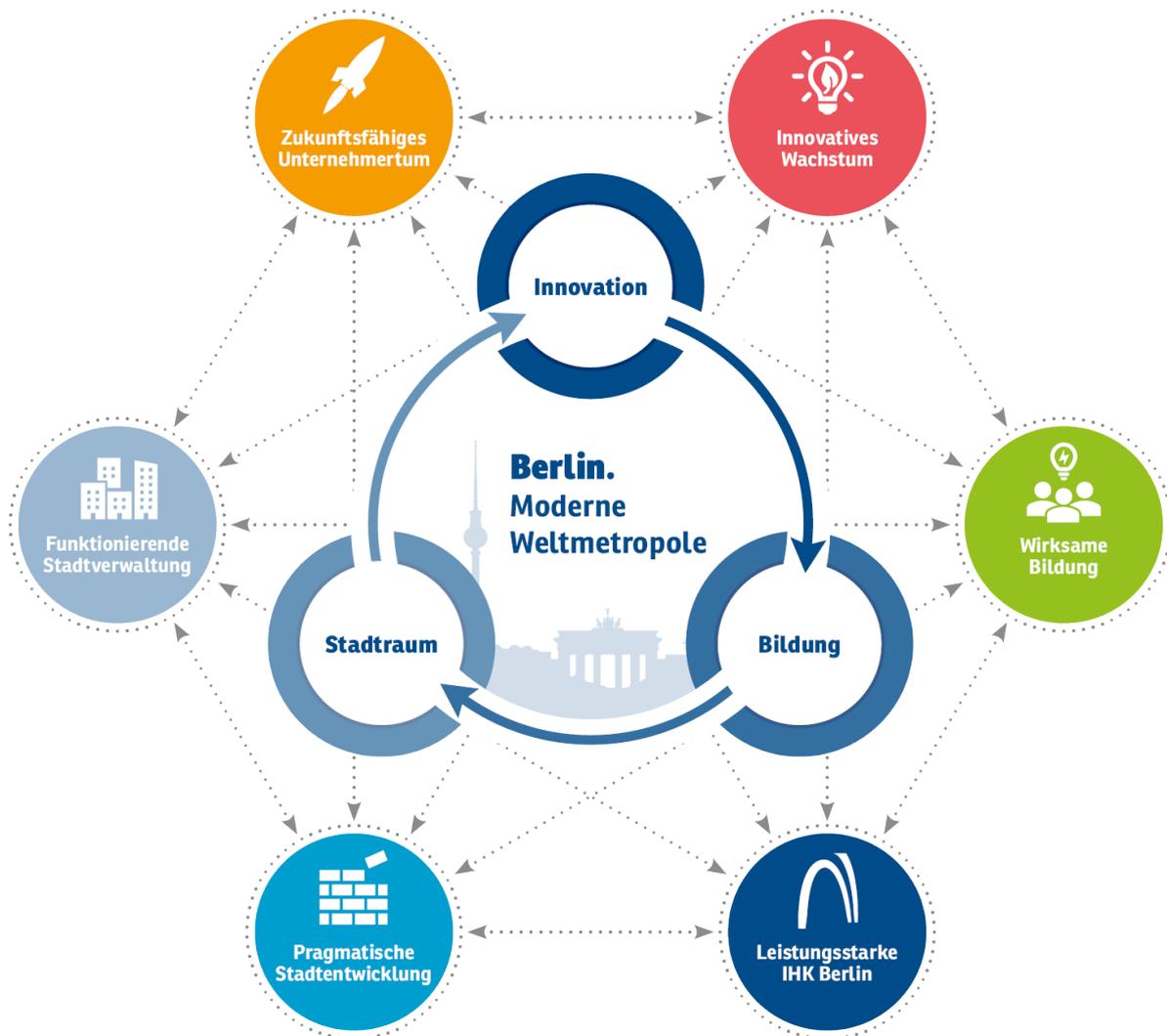
Berlin ist DIE deutsche Weltmetropole. Keine andere deutsche Stadt hat eine derartige Anziehungskraft auf Menschen aus ganz Deutschland und aller Welt. Die Gründe hierfür sind vielfältig – genau wie Berlin selbst: Es sind unsere einmalige Geschichte, unsere weltberühmte Kultur, unsere exzellenten Hochschulen und innovativen Unternehmen, um nur wenige Beispiele zu nennen. Das Selbstverständnis der Berlinerinnen und Berliner sowie der deutschlandweite Ruf der Hauptstadt sind meist jedoch deutlich schlechter als das internationale Image. Dabei sollte unser eigener Anspruch stets sein, uns nicht nur mit München oder Hamburg, sondern mit internationalen Metropolen wie Paris oder London zu messen und die Potenziale Berlins noch viel entschiedener zu heben, als dies heute der Fall ist. Berlin muss daher auch den Anspruch haben, Großveranstaltungen wie eine Weltausstellung, eine Internationale Bauausstellung oder die Olympischen Spiele für sich zu gewinnen und durchzuführen. Gerade eine EXPO 2035 bietet die Chance, nachhaltigen Lösungen für die Metropole der Zukunft eine Bühne zu bieten und damit innovative Impulse für den Wirtschaftsstandort zu setzen.

Denn wir sind überzeugt: Berlin kann mehr! Nicht nur den Titel Hauptstadt führen, sondern ein verheißungsvoller Ort für innovative Unternehmen sein – kurzum: eine moderne Weltmetropole mit mehr Möglichkeiten und Chancen als Vorbehalten und Hindernissen. Die Herausforderungen sind jedoch groß. Berlins Potenzial wird derzeit von einer ineffizienten Verwaltung mit ungeklärten Zuständigkeiten, einem immer größer werdenden Arbeitskräfte- und Wohnungsmangel gefesselt. Hinzu kommen zahlreiche internationale Krisen, deren Auswirkungen sich ebenso in Berlin niederschlagen – sei es durch die Aufnahme von Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund oder durch Unsicherheiten hinsichtlich der Energieversorgung, wie sie in den letzten beiden Jahren im Zuge des Krieges in der Ukraine entstanden waren. Die Berliner Wirtschaft muss sich, wenn die Hauptstadt als Standort weiterhin und vor allem zunehmend konkurrenzfähig sein möchte, insbesondere auf jenen Ebenen resilient und zukunftsfähig aufstellen, die in unserem Einflussbereich liegen. Daraus leiten wir hinsichtlich der Arbeit der IHK im Jahr 2024 folgende Schwerpunkte ab:



Die Mitglieder der Vollversammlung, des Präsidiums, der Themenausschüsse sowie der Branchenformate halten am Ziel fest, die Gestaltung Berlins zu einer modernen Weltmetropole voranzutreiben. Wir streben ein Berlin an, welches sich langfristig ausrichtet und von einer nachhaltigen Perspektive geprägt ist. Diese moderne Weltmetropole setzt sich nach unserer Überzeugung aus den folgenden Schlüsselfaktoren zusammen:

- Berlin braucht Wirksame Bildung
- Berlin braucht Zukunftsfähiges Unternehmertum
- Berlin braucht Pragmatische Stadtentwicklung
- Berlin braucht Innovatives Wachstum
- Berlin braucht eine Funktionierende Stadtverwaltung
- Berlin braucht eine leistungsstarke Industrie- und Handelskammer



Auf Initiative der Vollversammlung und der Ausschüsse hat sich die IHK Berlin in den letzten Jahren verstärkt dem Thema Nachhaltigkeit gewidmet. Diesem Leitbild fühlen wir uns weiterhin verpflichtet und erklären, sämtliche unserer Tätigkeiten weiterführend und zunehmend in ökonomischer, sozialer und ökologischer Perspektive nachhaltig auszurichten und diese drei Nachhaltigkeits-Dimensionen im Sinne der Berliner Wirtschaft miteinander in Einklang zu bringen.

Der Themenausschuss Nachhaltige Metropole hat seine Arbeit aufgenommen und damit begonnen, ein Zielbild aus Sicht der Wirtschaft für Berlin zu entwickeln, welches eine zukunftsorientierte und innovative Vision der Stadt zeichnen soll, die nachhaltige Produktion, nachhaltigen Konsum und nachhaltige Stadtentwicklung im Einklang mit dem Umland Berlins berücksichtigt. Das Gremium startete in diesem Zusammenhang den inhaltlichen Austausch mit den anderen Themenausschüssen der IHK Berlin und wird im Sommer 2024 ein Zielbild vorlegen, dessen Umsetzung daraufhin in der zweiten Jahreshälfte begonnen haben wird.

### **Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin**

- auf der Basis des im Ausschuss Nachhaltige Metropole entwickelten Zielbilds eine öffentliche Diskussion für die zukünftige Entwicklung Berlins zu einer modernen Weltmetropole anstoßen;
- in der politischen Debatte für nachhaltige Lösungen eintreten. Wirtschaftliches Wachstum, ökologische und soziale Verantwortung sollen in einer vernünftigen Balance bleiben und Zielkonflikte zwischen diesen drei Aspekten immer wieder so weit wie möglich aufgelöst werden. Im Jahr 2024 insbesondere die Umsetzungsallianz des Senates mit der Wirtschaft unterstützen;
- politische IHK-Positionen auf Vereinbarkeit mit nachhaltigen Aspekten optimieren und Ergebnisse transparent dokumentieren;
- die Rolle und Bedeutung sozialer Unternehmen für die Wirtschaft der Hauptstadt in den Blick nehmen und mit geeigneten Formaten unterstützen.

### **Im Service wird die IHK Berlin**

- IHK-Mitglieder zu Trends und Chancen nachhaltigen Wirtschaftens unter den Aspekten ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit sensibilisieren, informieren und befähigen (Fortsetzung der Veranstaltungsreihe Taxonomie kompakt, Sustainability Week, Durchführung von bedarfsgerechten Veranstaltungen mit Nachhaltigkeitsschwerpunkt, z.B. Energie, Finanzierung sowie Förderungen von nachhaltigen Aktivitäten in Unternehmen);
- die Kooperation mit der Social Economy ausbauen;
- das Leitbild der Ehrbaren Kaufleute fortführen.

## Berlin braucht wirksame Bildung

Berlin ist in vielen Bereichen der Bildung führend, davon zeugt zum Beispiel unsere exzellente Hochschullandschaft. Darüber hinaus sind zahlreiche herausragende Bildungsunternehmen, Anbieter digitaler Bildungsplattformen, Stiftungen und Sozialunternehmen hier ansässig. In der schulischen Bildung bildet Berlin jedoch seit Jahren das Schlusslicht bundesweiter Vergleichsstudien. Diese Erkenntnis ist keinesfalls neu und der sich daraus ergebende massive Standortnachteil, der beispielweise auch die Gewinnung neuer Talente erschwert, ist evident. Wenn es uns gelingt, die Potenziale des Bildungsstandorts Berlin voll zu entfalten, sind die Chancen riesig: Die beschriebenen Stärken der Hauptstadt ausbauen, die Schulqualität endlich gemeinsam anpacken und bei den Kleinsten beginnen – das sind nur einige Schritte auf dem Weg zu wirkungsvoller Bildung. Die Berliner Wirtschaft leistet hier gern ihren Beitrag. So veranstaltete die IHK Berlin im Oktober 2023 ein „Zukunftsforum Wirksame Bildung“. Dabei wurden wichtige Akteure vernetzt sowie disruptive Ideen und politische Maßnahmen mit den verantwortlichen Akteuren diskutiert. Diesen Prozess wollen wir im Jahr 2024 fortsetzen und versehen unser jährlich stattfindendes Festival der Berliner Wirtschaft daher mit einem thematischen Fokus, der im Bereich der Bildung liegen wird.

Wirksame Bildung beginnt bereits bei den Jüngsten. Wir müssen daher die komplette Bildungskette in den Blick nehmen und dafür Sorge tragen, dass nicht bereits in jungen Jahren Defizite entstehen, die sich später kaum beheben lassen. Sprache ist der Schlüssel für Teilhabe und eine erfolgreiche Bildungskarriere, weswegen diese – sowohl für Muttersprachler als auch für Kinder und Jugendliche, die Deutsch als Fremdsprache erlernen – systematisch von der Kita bis in die berufliche Ausbildung hinein gefördert werden muss.

Die Berufsorientierung muss entschieden verbessert und dafür systematisch in allen Abschnitten der Bildungskette fest verankert werden. Nur so wird es gelingen, die Zahl der abgebrochenen Studien und Berufsausbildungen deutlich zu senken. Dies zahlt nicht zuletzt auch auf ein besseres Matching von angebotenen Ausbildungsplätzen und Ausbildungssuchenden ein, welches aktuell die größte Herausforderung darstellt. Berlin hat keinen Mangel an Ausbildungsplätzen. Deshalb lehnen wir eine Ausbildungsplatzumlage weiter als wirkungsloses und bürokratisches Instrument ab. Die IHK steht jedoch als verlässlicher Partner der Politik bereit und bringt eigene Ideen erfolgreich zur Umsetzung, wie beispielsweise durch den Start des Pilotschulprojekts von IHK Berlin und Teach First oder neue Formate wie die Praktikumswoche und den Einsatz von Ausbildungsbotschaftern in Schulen deutlich wird. Denn Bildungsqualität und Berufsorientierung sind die Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit und zu mehr Fachkräften.

Die Duale Berufsausbildung braucht einen „Anerkennungsboost“. Allen Jugendlichen muss klar sein, dass es sich dabei keineswegs um eine im Vergleich zum Studium zweitklassige Form der Ausbildung handelt. Vielmehr muss deutlich werden, dass sich auch mit einer Dualen Berufsausbildung sehr erfolgreiche Karrierewege begründen lassen. Die bundesweite IHK-Kampagne #könnenlernen mit ihrer regionalspezifischen Auspielung leistet hier einen wichtigen Beitrag.

Im Sinne des lebenslangen Lernens setzen wir uns weiterhin für die berufliche Weiterbildung und eine echte und aktiv gelebte Weiterbildungskultur ein. Dies gelingt, wenn Weiterbildungsbedarfen der Unternehmen passgenaue und qualitativ hochwertige Angebote gegenüberstehen.

## Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin

- die Bildungsqualität wirksam stärken, insbesondere durch die Organisation einer Innovationscoutingreise Bildung mit dem Ziel, Best-Practices innerhalb der EU zur Bewältigung spezifischer Berliner Herausforderungen kennenzulernen und daraus gemeinsam konkrete Handlungsempfehlungen für die Berliner Politik abzuleiten (mit Senatorin Günther-Wünsch); sowie sich für die Erweiterung des Indikatoren-Sets im Berliner Qualitätskonzept „Handlungsrahmen Schulqualität“ einsetzen, um die Anschlussquote in betriebliche Ausbildung und eine verbindliche Berufsorientierung sicherzustellen und dabei die Umsetzung der Produkte des [Businessplans „Wirksame Bildung“](#) weiter zu unterstützen und eine verbindliche Berufsorientierung sicherzustellen;
- die Berufsorientierung im Land Berlin verbessern; beispielsweise durch die aktive Begleitung der Weiterentwicklung des Qualitätssiegels für exzellente berufliche Orientierung und durch Adressierung der Kernforderungen der Berliner Wirtschaft;
- das Vorhaben zur Weiterentwicklung des WAT-Unterrichts begleiten und das im Juli von der Vollversammlung verabschiedete IHK-Positionspapier „WAT zum Schulfach der Zukunft entwickeln“ gegenüber Akteuren in Politik und Verwaltung platzieren; Handlungsempfehlungen zur Einbindung außerschulischer Partner bei der Gestaltung des Ganztages erarbeiten und damit auf die Entscheider in Politik und Verwaltung zugehen;
- den eigenen Einsatz für die Stärkung der Dualen Ausbildung in Form der IHK-Ausbildungsoffensive gegenüber den politischen Stakeholdern bewerben; darüber hinaus die Stakeholder in Politik & Verwaltung für eine dauerhafte Finanzierung durch Landesmittel erfolgreich erprobter Modelle sensibilisieren;
- die Umsetzung der Maßnahmen des Runden Tisches „Energie- und Klimaberufe“ in Federführung der Senatsarbeitsverwaltung aktiv begleiten;
- eine gute Bildungspolitik einfordern und die Interessen der Ausbildungsbetriebe in die Gremien des Landes Berlin einbringen. Im Jahr 2024 insbesondere eine große, ganzheitliche Kampagne (politisch, operativ, öffentlich) zur signifikanten Steigerung und Sichtbarmachung des Engagements der Berliner Wirtschaft anstoßen und die politische Arbeit zur Verhinderung einer pauschalen Ausbildungsumlage auf Kosten der Unternehmen fortführen;
- sich durch konkrete Empfehlungen zur geplanten Einführung des 11. Pflichtschuljahres einbringen (inhaltlich und konzeptionell) und sich für eine substanzielle Stärkung der Jugendberufsagentur einsetzen; zudem die Schaffung von Kooperationsmanagern an Berliner Oberstufenzentren begleiten;
- die geplante Innovationscoutingreise und das Festival der Berliner Wirtschaft als Startschuss für eine umfassende bildungspolitische Positionierung der IHK Berlin für die wirksame Schule der Zukunft ab der zweiten Jahreshälfte 2024 nutzen. Dabei greifen wir sowohl die Impulse aus den Veranstaltungen als auch bestehende Handlungsempfehlungen wie die Digitaloffensive 2.0 und den [Businessplan „Wirksame Bildung“](#) auf und ergänzen diese unter Einbezug unserer Mitglieder und Gremien um weitere Zukunftsthemen, wie beispielsweise Schulstruktur und Lehrkräftemangel.

## Im Service wird die IHK Berlin

- die Umsetzung des entwickelten Konzeptes "Stiftung Kinder forschen" vorantreiben mit den vier Handlungsfeldern: Finanzierung sicherstellen, Inhalte um Zukunfts-, Basis- und Sprachkompetenzen erweitern, Qualität der frühkindlichen Bildung in Berlin durch Nutzung der Angebote steigern, Sichtbarkeit erhöhen;
- Anforderungen aus dem Koalitionsvertrag und dem Bündnis für Ausbildung umsetzen, wobei Unternehmen unterstützt werden, ihre Potentiale zu erkennen und zu nutzen, mit dem Ziel, bis 2025 mindestens 2.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zu generieren;
- pilotierte digitale und analoge Angebote und Projekte aus der Ausbildungsoffensive 1.0 verstetigen und ausbauen, um Jugendliche zu erreichen, die Lücke bei der Berufsorientierung zu schließen und den Zugang zu echten Praxiserfahrungen bei Berliner Unternehmen ermöglichen (Praktikumswoche, Ausbildungsbotschafter, Ausbildungsatlas, Kooperationsprojekt Berufsorientierungsschule mit Teach First inkl. Pilotierung von Kooperationsmanagern an Schule, Ausbau von Kooperationen mit Schulen in Zusammenarbeit mit PSW);
- Ausbildungsoffensive 1.0 im Rahmen einer großangelegten Nachwuchssicherung für Berliner Unternehmen zur Verhinderung der Ausbildungsumlage erweitern: Unterstützung von Mitgliedsunternehmen bei der Steigerung der Anzahl von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen durch verbesserte Serviceangebote, Ansprache der größten Arbeitgeber Berlins, Einrichten einer Key-Account-Systematik für Schulen sowie Schul-Veranstaltungs-Koordinatoren, um direkten Zugang zu Schülerinnen und Schülern zu erlangen, Unterstützung der Ausbildungsunternehmen bei der Besetzung der Ausbildungs- und Praktikumsplätze sowie Unterstützung der politischen Arbeit zur Begleitung des Bündnisses für Ausbildung und Verhinderung einer pauschalen Umlageeinführung, Sichtbarmachung des wirtschaftlichen Engagements;
- Aufbau einer digitalen Praktikumsplattform (praktikum.berlin), über die Unternehmen und mögliche Praktikanten umfangreiche Informationen erhalten und über einen intuitiven Matchingprozess zusammenfinden können;
- Konkretisierung und Umsetzung innovativer bzw. disruptiver Ideen im Bereich der Bildung;
- digitale Bildungsinnovationen ermöglichen; z. B. durch Aufbau einer Ed-Tech-Community im Digital Education Lab der IHK Berlin, Erarbeitung und Umsetzung von Formaten zur Vernetzung von Start-ups, Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Wissenschaft und Verwaltung (z.B. Netzwerkabende, Challenges, (digitale) Hackathons);
- Bundeskampagne zur dualen Ausbildung in DIHK-Gremien unterstützen, regionalen Fokus im Blick behalten und zusätzliche Maßnahmen im digitalen Raum und Out of Home koordinieren; Ausbildungsunternehmen befähigen, sich an der Kampagne zu beteiligen;
- Verbesserung der talent- und interessenorientierten Berufswahl, die derzeit für alle Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse mit dem TalenteCheck Berlin und dem Showroom Duale Ausbildung durch einen Berufswahltest und praktische Tests ermöglicht wird; insbesondere durch die Weiterentwicklung des Showrooms Duale Ausbildung, in dem die

Duale Berufsausbildung noch erlebbarer gemacht wird; Einbettung bestehender Angebote der Berufsorientierung;

- Kooperationen mit etablierten Messeformaten, wie Einstieg, Karrierekick, Traumberuf, ABI Zukunft initiieren und so das Matching verbessern;
- ökonomische Bildung in die Schulen bringen (Businessplan), IMMS neu ausrichten; Kooperationen mit Schulgold etc.; Formate weiterentwickeln, Format skalierbar gestalten, Community Management;
- die Umsetzung der IHK-Weiterbildungsstrategie fortsetzen, um durch die Modularisierung ausgewählter Bestandsprodukte die Attraktivität und den Nutzen für Weiterbildungsinteressierte zu steigern: Zur fortwährenden Optimierung ein agiles Systems zur Produktpassung, Portfoliooptimierung und Erweiterung erarbeiten (Konkrete Produkte sind bspw. im Fokusthema Digitale Transformation, u.a. KI Online Sprints und Zertifikatslehrgang); im Handlungsfeld der qualitätssichernden Services die Beratung für Unternehmen über [weiterbildung.berlin](http://weiterbildung.berlin) weiterentwickeln;
- eine Lernmanagementplattform implementieren, die die Digitalisierung der Weiterbildungsprodukte technisch unterstützt, den Ausbau des Portfolios ermöglicht und die Bedarfe der Unternehmen nach zielgruppenspezifischer Qualifizierung abbilden kann;
- die Qualifizierungsberatung unter einem Dach für Berliner Unternehmen nachhaltig installieren und fortführen: Aufbau eines einheitlichen Beratungs- und Qualitätsstandards sowie die Erhöhung von Nutzungen und Bekanntheitsgrad; Beratung und Veranstaltungen (Netzwerkpartner und IHK) durchführen.

### Bei den Verwaltungsaufgaben wird die IHK Berlin

- Auszubildende zum Thema Ausbildung besser beraten und betreuen, Ergebnisse aus Azubiberatungen systematisch erfassen und auswerten, daraus passgenaue Maßnahmen ableiten und Veranstaltungsformate für Azubis wie „Fit für die Ausbildung“ darauf ausrichten regelmäßig anbieten;
- Unternehmen zum Thema Ausbildung beraten und betreuen, insbesondere Beratungsangebote um Themen, wie Nachhaltigkeit in der Ausbildung, Demokratieverständnis, Heben von Digitalisierungspotentialen z. B. mobiles Arbeiten in der Ausbildung, Diversity, Klimawandel und Inklusion anreichern, regelmäßig Veranstaltungen für Ausbilder, wie z. B. „Ausbilderfrühstücke“ durchführen;
- ca. 10.000 Ausbildungsverträge prüfen und registrieren, Anteil der online eingereichten Verträge auf über 80 % steigern;
- Aus- und Weiterbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig, serviceorientiert und effizient durchführen, u. a. durch den Ausbau der digitalen Prüfungsinfrastruktur und -abwicklung; Modernisierung des Bildungsportals für die vollständige digitale Abwicklung;
- Speerspitze der Umsetzung von digitalen Prüfungen im bundesweiten Umfeld sein;

- die Novellierung von Berufsbildern und Weiterbildungsabschlüssen in Prüfungen qualitativ hochwertig umsetzen;
- durch unsere Nähe zu Unternehmen neue ehrenamtliche Prüferinnen und Prüfer gewinnen und gleichzeitig das Ehrenamt als Imagegewinn und Fachkräftegewinnung für die Unternehmen positionieren; in 2024 ein Prüferevent als Wertschätzung des Ehrenamtes für ca. 3.200 Prüferinnen und Prüfer der Aus- und Weiterbildung sowie Sach- und Fachkunde organisieren, dass die Vision für Prüfungen der Zukunft (KI/Digitalisierung) thematisiert und als Netzwerkveranstaltung dient;
- die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) begleiten und umsetzen;
- passgenau am wirtschaftlichen Bedarf ausgerichtete berufsbegleitende Fortbildungsabschlüsse anbieten und bewerben, insbesondere Bachelor-Professional- und Master-Professional- Abschlüsse für eine wirksame Bildung, Qualifizierung, Aufstiegsmöglichkeit der Fachkräfte sowie Steigerung der Arbeitgeberattraktivität;
- Möglichkeiten zur Kompetenzfeststellung von Arbeitskräften aufzeigen und ggf. passgenaue am wirtschaftlichen Bedarf ausgerichtete neue IHK-Angebote etablieren.

## Berlin braucht zukunftsfähiges Unternehmertum

Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist eine der größten Herausforderung der Berliner Unternehmen. Bis 2035 werden allein im Land Berlin perspektivisch über 400.000 Fachkräfte fehlen. Diese Entwicklung gefährdet den Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes als Ganzes. Dabei mangelt es zunehmend nicht nur an Fach-, sondern vielerorts schlichtweg an Arbeitskräften. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen und gleichsam erfolgreich etwas entgegenzusetzen, bedarf es unter anderem einer gezielten und strukturierten Fachkräftesicherung und -gewinnung. Letzteres kann nur durch Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland geschehen. Berlin ist hierbei im deutschlandweiten Vergleich bereits gut aufgestellt und besitzt nicht zuletzt aufgrund seiner internationalen Anziehungskraft auch große Potenziale. Aus dem Fachkräftemangel folgt jedoch die zwingende Notwendigkeit, diese Potenziale noch entschiedener zu heben und auszuschöpfen. Hierbei wird die IHK Berlin die Berliner Unternehmen und die Verwaltung unterstützen – beispielsweise durch Angebote des Business Immigration Service, der Anerkennungsberatung oder durch unsere Jobmessen, die sich großer und stetig zunehmender Beliebtheit erfreuen und daher auch zukünftig in regelmäßigen Abständen im Ludwig Erhard Haus stattfinden werden.

Die Sicherung der bereits vorhandenen Fachkräfte gelingt vor allem, indem sich Unternehmen als gute und mitarbeiterorientierte Arbeitgeber positionieren – durch die Integration neuartiger Arbeitsformen (New Work), einer aktiv gelebten Diversität, welche als Standortvorteil begriffen wird, oder auch einer bestmöglichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Letzteres birgt, vor allem durch die beispielhafte Maßnahme des konsequenten Ausbaus der Kita-Plätze, riesige Potenziale zur Schließung der Fachkräftelücke und zahlt aktiv auf die Gleichstellung der Geschlechter ein. Dies alles trägt dazu bei, vorhandene Fachkräfte langfristig an Unternehmen zu binden. Dabei wollen wir unsere Mitgliedsunternehmen aktiv unterstützen.

Wir sind überzeugt davon, dass das Potenzial der bereits bestehenden Strukturen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht voll ausgeschöpft wird. Daher wollen wir die Kooperation mit den Berliner Jobcentern ausbauen und verstetigen, um einen Mehrwert für die Berliner Unternehmen bei der Vermittlung und dem Matching von Arbeitskräften zu generieren.

Ein weiteres Thema, welches früher oder später jede erfolgreiche Unternehmerin und jeden erfolgreichen Unternehmer betrifft, ist die Unternehmensnachfolge. Der damit einhergehende Erhalt oder Verlust von Wertschöpfung und Arbeitskräften ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Berlins. Die Bedeutung dieses Themas wollen wir spürbar steigern – ebenso wie das diesbezügliche Bewusstsein unter unseren Mitgliedsunternehmen.

### Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin

- das Projekt „Gleichstellung gewinnt“ in Neuausrichtung fortführen mit dem Senat, eine IHK-Inklusionsberaterin einstellen und die IHK Berlin als Vorbild platzieren und die Einstellung von Menschen mit Beeinträchtigung forcieren bzw. Rahmenbedingungen verbessern sowie die Vernetzung mit der Beratungsstelle in Berlin stärken;

- für eine bessere Migrations- und Integrationspolitik aller Menschen am Standort Berlin eintreten, Hürden und Hemmnisse für eine erfolgreiche Integration abbauen (z. B. Sprachförderung/-kurse) sowie für eine Vereinfachung der Prozesse bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse hinwirken, dabei die Umsetzung der neuen Regelungen (Fachkräfteeinwanderung etc.) begleiten und erfolgreiche Netzwerkformate weiterführen bzw. ausbauen;
- Unternehmen bei der Integration ausländischer Fachkräfte unterstützen und sich für geeignete Rahmenbedingungen einsetzen, wie zum Beispiel mit der Forderung nach schnelleren und effizienteren Antragsverfahren, konkrete Unternehmensprobleme gezielt kommunizieren und die tatsächliche Integration beim vereinfachten Zugang von Ukrainerinnen und Ukrainern in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt evaluieren;
- für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf eintreten, z. B. durch die Mitgliedschaft im Berliner Beirat für Familienfragen oder durch die Forderung nach einem weiteren Ausbau der Kitaplätze im Land Berlin;
- ihre Aktivitäten für die Entwicklung einer Berliner Fachkräftestrategie intensivieren und den Senat bei der Konzeptionierung und Umsetzung unterstützen;
- zur Beseitigung des Fachkräftenotstands in Berlin dafür eintreten, dass der Senat einen politischen Fokus auf die Governance der Fachkräftepolitik legt, u.a. durch die Umsetzung der von der Wirtschaft geforderten Maßnahmen zur Fachkräftesicherung (basierend auf der Fachkräfteerklärung des Runden Tisches der Wirtschaft);
- durch die Mitwirkung in den Beiräten der Jobcenter deren Arbeit fokussieren auf die Begleitung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms (AMIP), die Umsetzung des Bürgergelds und die Evaluation arbeitsmarktpolitischer Instrumente; Unternehmen beim Zugang zu Förderinstrumenten unterstützen; eine Kooperationsvereinbarung mit allen Berliner Jobcentern zur gemeinsamen Strategie anstreben;
- steuerliche Rahmenbedingungen und die Ausgestaltung des Steuerrechts verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen, im Jahr 2024 u.a. zur Einführung der eRechnungspflicht;
- Austausch mit und zwischen Unternehmen beim Thema Steuerpolitik fördern, u.a. durch den Gesprächskreis "Steuern & Finanzen aktuell" und den Arbeitskreis "Lohnsteuer";
- die rechtspolitische Rahmensetzung durch die EU, den Bund und das Land Berlin verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen; dies gilt insbesondere für das EU-Lieferkettengesetz und die KI-Verordnung.

### **Im Service wird die IHK Berlin**

- KMU bei der Beschaffung und Sicherung ihrer Fachkräfte unterstützen, unter anderem durch Netzwerk - und Kompetenzaufbau zum Themen Diversität, u.a. im Kontext Vereinbarkeit von Familie und Beruf; ggf. einen IHK-Podcast auf Basis der Erfahrungen des Pilotprojekts aus 2023 etablieren;

- Angebote zu den Schwerpunktthemen Internationale Fachkräfte und Integration sowie Diversität und Qualifizierung machen, in 2024 insbesondere Entwicklung und Zusammenstellen einer Toolbox für Unternehmen zur Fachkräftesicherung;
- Kooperationen mit bereits bestehenden Karrieremessen ausbauen, u.a. in Kooperation mit den Job-Centern;
- Unternehmen bei der Integration ausländischer Fachkräfte unterstützen und für geeignete Rahmenbedingungen einsetzen, beispielsweise durch Angebote des Business Immigration Service und der Anerkennungsberatung;
- Unternehmen durch Rechtsauskünfte bei ausländerrechtlichen Fragestellungen beraten; in 2024 insbesondere zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz;
- weitere Jobmessen für geflüchtete Menschen und internationale Fachkräfte durchführen und Angebote zur weiteren Begleitung erstellen; das Format Jobmesse als mitwirkender Partner mit Fokus auf Unternehmen optimieren;
- Formate zur Verbesserung und Darstellung des gesellschaftlichen Ansehens der Unternehmerinnen und Unternehmer fortführen, wie z.B. den Berliner Unternehmenspreis für gesellschaftliches Engagement und den Gute-Tat-Marktplatz;
- das Sachverständigenwesen weiterentwickeln und qualifizierte Benennungen von Sachverständigen gegenüber Gerichten, Verwaltung und Wirtschaft vornehmen und weiterhin Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung umsetzen;
- Unternehmen im Nachfolgeprozess durch den Ausbau des IHK-Angebotsportfolios für die Unternehmensnachfolge begleiten und eine Verknüpfung mit dem Innovationspotenzial der Berliner Wirtschaft unterstützen (z.B. Pilotprojekt zur Gewinnung von erfolgreichen Gründerinnen und Gründern und anderen Kooperationspartnern z.B. aus Hochschulen und Universitäten für die Optimierung von Unternehmen im Nachfolgeprozess); bestehende Maßnahmen zur Begleitung von Unternehmen und Gründerinnen und Gründer im Rahmen des Nachfolgeprozesses weiterentwickeln (Unternehmenswerkstatt, Matching-Angebot, Notfallhandbuch usw.);
- die Etablierung einer Nachfolgezentrale in Zusammenarbeit mit Partnern für das individuelle Matching zwischen abgehenden Unternehmerinnen und Unternehmern und potentiell Übernehmenden forcieren;
- Rechts- und Steuerauskünfte erteilen, damit sich unsere Mitglieder wettbewerbskonform verhalten können;
- Unternehmen bei Fragen zum Handels- und Gesellschaftsrecht informieren und bei der Eintragung ins Handelsregister unterstützen.

### **Bei den Verwaltungsaufgaben wird die IHK Berlin**

- Sach- und Fachkundeprüfungen, Unterrichtungen, Erlaubniserteilungen, Registrierungsverfahren und Anerkennungsverfahren rechtssicher und effizient unter Nutzung aller digitaler Möglichkeiten serviceorientiert anbieten;
- Verfahren der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen rechtssicher durchführen.



## Berlin braucht eine pragmatische Stadtentwicklung

Berlin sieht sich einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber, die eine ganzheitliche und pragmatische Herangehensweise an die Stadtentwicklung erfordern. In einer Phase rasanten Wachstums und kontinuierlicher Veränderungen spielen Themen wie Wohnungsknappheit, die Verkehrswende und die Attraktivität der Stadtzentren eine entscheidende Rolle. Diese Aspekte sind von grundlegender Bedeutung, um die Lebensqualität der Berliner Bürgerinnen und Bürger zu bewahren und gleichzeitig zu steigern sowie die Transformation Berlins hin zu einer nachhaltigen Weltmetropole zu gestalten. Der Umsetzung der Energiewende und Klimaschutzpolitischer Ziele kommt im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik daher eine herausgehobene Rolle zu. Im Rahmen energetischer Gebäudesanierungen und im Fortführen der Mobilitätswende liegt der Schlüssel für ein klimaneutrales Berlin bis spätestens 2045.

Die Mobilität von Menschen und Gütern bildet einen unverzichtbaren Bestandteil des Lebens und Arbeitens in einer Stadt. Besonders der Güterverkehr ist von herausgehobener Bedeutung, da er für eine reibungslose Versorgung der Stadt und die Unterstützung der lokalen Wirtschaft von großer Relevanz ist. Damit dies gelingen kann, sind innovative Lösungen notwendig. Um den Standort Berlin mit globalen Märkten zu verbinden, ist es unerlässlich, dass der Flughafen BER seine internationale Anbindung erweitert und eine bessere Anbindung an das Schienennetz sichergestellt wird.

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist entscheidend für Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne ein flächendeckendes Glasfaser- und 5G Mobilfunknetz können Unternehmen und Gesellschaft nur unzureichend an der Digitalisierung teilhaben. Aber auch über den Gigabitausbau hinaus muss Berlins digitale Infrastruktur die Basis für eine nachhaltige, resiliente und leistungsstarke Smart City bilden.

Die Anziehungskraft Berlins gründet auf der Vielfalt seiner Zentren, die von Akteuren aus verschiedenen Bereichen wie Handel, Tourismus, Gastronomie, Dienstleistungen, Kultur und Kreativwirtschaft geprägt sind. Diese Akteure verleihen der Stadt ihr besonderes Flair und ihre Vielfalt. Aufgrund der Auswirkungen von Corona und des unaufhaltsamen Vormarsches der Digitalisierung ist es von entscheidender Bedeutung, dass unsere Zentren sich anpassen und modernisieren, um weiterhin attraktiv und funktionsfähig zu bleiben. Die Berliner Wirtschaft steht hier als Partner in Business Improvement Districts und bei der Ausgestaltung weiterer Maßnahmen zur Stärkung von Zentren und Geschäftsstraßen bereit.

Die Wohnungsnot ist ein weiteres drängendes Problem. Dafür braucht es schnellere Verfahren, eine adäquate Förderung und eine Neubauoffensive. Auch Gewerbeflächen dürfen in der Stadtplanung nicht vergessen werden: Eine wachsende Stadt braucht auch Raum für Gewerbe und Industrie. Die Vermeidung von Enteignungen und die Förderung eines kooperativen Ansatzes sind von entscheidender Bedeutung.

Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik spielt eine zentrale Rolle. Die politische Arbeit der IHK Berlin basiert auf dem [Businessplan „Pragmatische Stadtentwicklung“](#) und sollte darauf abzielen, die entwickelten Lösungen in enger Kooperation mit der Verwaltung und der Politik bestmöglich umzusetzen. Nur durch eine effektive Partnerschaft aller beteiligten Interessenvertreter können wir gemeinsam die Zukunft Berlins gestalten.

## Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin

- die Umsetzung ihrer Vorschläge für eine bessere, ausreichende und beschleunigte Wohn- und Gewerberaumversorgung (z. B. im Positionspapier „Fünf Bausteine für die Bau- und Flächenpolitik in Berlin“) im Dialog mit der Politik, Verwaltung, dem öffentlichen sowie privatem Bausektor vorantreiben (z. B. im Runden Tisch Wohnungsbau), im Jahr 2024 insbesondere die Umsetzung des "Schneller Bauen Gesetz" kritisch begleiten;
- sich weiterhin gegen Enteignungen als Instrument der Wohnungsbaupolitik aussprechen, im Jahr 2024 insbesondere die Entwicklung eines Vergesellschaftungsrahmengesetzes in der öffentlichen und politischen Debatte begleiten;
- übertragbare Beispiele für stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Zentren und Stadtquartiere initiieren und deren Umsetzung begleiten (z. B. durch den PPP- Wettbewerb Mittendrin Berlin). Am Modellprojekt „100 Meter Zukunft“ können zukunftsweisende, nachhaltige Lösungen für den öffentlichen Raum auf Durchführbarkeit und Übertragbarkeit getestet werden;
- zur Bewältigung der zukünftigen Anforderungen und Aufgaben der Stadtzentren das „Aktionsprogramm Innenstadt“ fortschreiben und auf die Umsetzung der darin beschriebenen Maßnahmen hinwirken, im Jahr 2024 insbesondere die Fortschreibung des STEP Zentren kritisch begleiten;
- für einen Beirat Zentren mit allen relevanten Stakeholdern werben und darüber in geeigneten Veranstaltungsformaten diskutieren, um gemeinsam den Transformationsprozess gestalten zu können;
- den Wettbewerb und das Konzept für die Randbebauung des Tempelhofer Feldes kritisch begleiten;
- das Gesamtinteresse der Wirtschaft bei der Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans Wirtschaft sowie bei Initiativen zu Gewerbemieten vertreten, u. a. die erarbeiteten Lösungsvorschläge zu Gewerbeflächen und Gewerbemieten gemeinsam mit Wirtschaft und Politik diskutieren;
- mit betroffenen Unternehmen sowie den Ehrenamtsgremien Positionierungen bei Planungen auf Landes- und Bezirksebene (Flächennutzungsplanung, Stadtentwicklungskonzepte, bezirkliche Gewerbeflächen- sowie Zentrenkonzepten und Bebauungsplanverfahren) abstimmen und insbesondere mit einer Premiumveranstaltung im ersten Halbjahr 2024 in die politische Debatte einbringen und mit Mitgliedsunternehmen diskutieren;
- sich beim Einsatz von städtebaulichen Förderinstrumenten (z. B. Wirtschaftsdienliche Maßnahmen (WDM) sowie Business Improvement Districts positionieren und mit geeigneten Kapazitäten mitwirken, im Jahr 2024 insbesondere durch die Beteiligung an der Fortschreibung des BID-Gesetzes und dafür den Aufbau eigener personeller Kapazitäten als Umsetzungspartner zur Unterstützung der BIDs sicherstellen;
- sich für die Weiterentwicklung des Messestandortes Berlin einsetzen und darauf hinwirken, bestehende Leitmessen in der Stadt zu halten und neues Messengeschäft für den Standort zu gewinnen, im Jahr 2024 insbesondere den geplanten Start des Konzeptverfahrens zur Entwicklung des ICC kritisch begleiten;

- durch die Darstellung von Problembeispielen aus der Praxis auf Veranstaltungen, in Publikationen und durch Presse- und Gremienarbeit die Interessen der Wirtschaft für die notwendige Werterhaltung von Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Schlaglöcher, Wasserstraßen) vertreten;
- die Umsetzung der Gigabitstrategie weiter aktiv begleiten und sich beim angekündigten Flächenkonzept für Rechenzentren einbringen;
- das Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei der planerischen und baulichen Umsetzung der definierten Vorrangnetze des Kfz-Verkehrs, des ÖPNV und des Radverkehrs sowie bei der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Mobilität & Verkehr und des Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzeptes vertreten;
- das Positionspapier für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur neufassen, um aufzuzeigen, welche neuen Verkehrsprojekte - insbesondere zur neuen Mobilität - für die Berliner Wirtschaft wichtig sind und deshalb prioritär umgesetzt werden müssen sowie dafür in einer politischen Veranstaltungsreihe werben;
- die Umsetzung des neuen Kapitels zum Wirtschaftsverkehr für das Mobilitätsgesetz kritisch begleiten und dabei insbesondere die Umsetzung des IHK-Leitfadens zum Laden und Liefern bewerben;
- den weiteren Ausbau des BER für den Standort vorantreiben und sich weiterhin für die Anwerbung neuer Langstrecken- und Cityverbindungen einsetzen;
- die mit dem Tourismuskonzept 2018+ eingeleitete Neuausrichtung kritisch begleiten und die Bedeutung der Tourismuswirtschaft gegenüber der Politik und Verwaltung betonen;
- die Berliner Politik bei den für eine Kreativmetropole relevanten Themen begleiten, um die Standortbedingungen für die Branche zu verbessern. Dabei geht es um den Erhalt und Ausbau von urban spaces (Spielstätten), um so perspektivisch die Vielfalt und den Erhalt der Kultur- und Kreativwirtschaft zu sichern. Zudem muss die Umsetzung des Masterplans für das Cluster "IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft" sichergestellt werden, um so die wirtschaftliche Bedeutung des Standortes im Zusammenspiel zwischen Kreativ- und Digitalwirtschaft sowie Wissenschaft – national wie international – weiter voranzutreiben;
- den Wirtschaftsfaktor Sport in der Sportmetropole Berlin gegenüber Politik und Verwaltung betonen, um die nachhaltige Entwicklung und Verbesserung der unzureichenden Sportinfrastruktur zu veranlassen – weiterhin auf Akquise von Sportevents mit hoher Stadttrendite (z. B. hohe Umsätze der Berliner Wirtschaft) hinwirken, in 2024 insbesondere eine mögliche Bewerbung Berlins für Olympische Spiele kritisch begleiten;
- eine effektive Weiterentwicklung der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie und der Maßnahmenplanung und Harmonisierung mit der Berliner Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne der Wirtschaft begleiten, mit Fokus auf den Wettbewerb um die besten und kosteneffizientesten Technologien und Dienstleistungen für ein sicheres und CO2-armes Energiesystem;
- dafür eintreten, dass Energie- und Klimapolitik als übergeordnete Prioritätsprojekte gesteuert und koordiniert werden sowie geeignete Strukturen für eine effektive und

effiziente Klimaschutz-Umsetzung unter Einbindung des Know-Hows aus der Wirtschaft sorgen;

- für eine effiziente und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft eintreten, die ganzheitlich und systemisch fokussiert ist und so stärkere Wirtschaftspotenziale erschließen kann und diesbezüglich eine Evaluierung des Berliner Abfallwirtschafts- und Kreislaufkonzepts vorzunehmen und Unternehmen zur Umsetzung eigener Maßnahmen auf Basis aktueller Abfallpolitik und Strategien sensibilisieren und Projekte unterstützen;
- Regulierungen im Immissionsschutz und sektorale CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen politisch begleiten und saubere Mobilität für eine bessere Luftqualität und weniger CO<sub>2</sub>-Verkehrsemissionen fördern, im Jahr 2024 insbesondere die Entwicklung des Lärmaktionsplanes 2024 - 2029 kritisch zu begleiten;
- ein zukunftsfähiges Berliner Wassermanagement etablieren, insbesondere die Bedeutung der Ressource Wasser für die Wirtschaft im Länderverbund Berlin-Brandenburg sichtbar machen, zu sichern, Innovationspotenziale erschließen und eine gemeinsame Positionierung ableiten und in die politische Debatte einbringen;
- eine Naturschutz- und Klimaanpassungspolitik im Zieldreieck der Nachhaltigkeit umsetzen, im Jahr 2024 insbesondere für den klimaresilienten Transformationsprozess in Unternehmen und der Stadtentwicklung den Fokus auf die Ressource Wasser setzen, auch unter Einhaltung der Aspekte Begrünung und biologische Vielfalt.

### **Im Service wird die IHK Berlin**

- energierechtliche Anforderungen zielgruppengerecht aufbereiten, für Unternehmen transparent machen und Unternehmensaustausch fördern; IHK-Sprechstunde Solarberatung etablieren;
- rechtliche Umwelanforderungen zielgruppengerecht aufbereiten, für Unternehmen transparent machen und Unternehmensaustausch fördern: Über neue abfall-, wasser- und immissionsschutzrechtliche Novellierungen und Angebote der Berliner Umweltwirtschaft informieren;
- freiwillige Umweltleistungen von Unternehmen fördern und darstellen, beispielsweise durch eine kundenorientierte Führung des EMAS-Registers nach IHK-Qualitätsstandards.

## Berlin braucht innovatives Wachstum

Berlin muss eine zeitgemäße und enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft etablieren, um ein führender Wirtschaftsstandort zu werden. Nur mit einem für Veränderungen offenen Mindset kann der Wirtschaftsstandort Berlin innerhalb der unsicheren internationalen Rahmenbedingungen wettbewerbsfähiger und resilienter werden.

Die Stärkung des Wissenstransfers stellt eine zentrale Säule dar, um die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu verbessern. In diesem Zusammenhang dienen Reallabore als ideale Plattformen zur Beschleunigung innovativer Lösungsansätze für eine moderne, nachhaltige und lebenswerte Metropole. Hier haben Wirtschaft und Wissenschaft die Möglichkeit, ihre Ideen in realen Bedingungen gemeinsam zu erproben und weiterzuentwickeln. Das ultimative Ziel sollte sein, dass die Entwicklungen, die in Berlin entstehen, auch hier in der Stadt umgesetzt werden. Gleichzeitig ist die Förderung sozialer Innovationen von entscheidender Bedeutung, um Berlin als eine nachhaltige und sozial verantwortliche Metropole zu positionieren.

Als international agierende Stadt muss Berlin die Einhaltung internationaler Standards gewährleisten, wie etwa die Verwendung von Englisch als Zweitsprache in Institutionen, die Förderung beschleunigter Investitionen und die Schaffung einer attraktiven Umgebung für Investoren. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um ein innovatives Wachstum zu realisieren und weltweit wahrgenommen zu werden. Zur Steigerung der internationalen Attraktivität sind spezielle Bedingungen für Deep Tech-Innovationen erforderlich. Gleichzeitig muss sich Berlin als international agierende Stadt auch auf bundespolitischer und europäischer Ebene stärker als innovative Wachstumsstadt einsetzen.

Eine moderne Förderpolitik, die auf das Potenzial fokussiert und auf internationaler Ebene agiert, ist unerlässlich, um Innovationen effektiver zu unterstützen. Sie sollte barrierefrei und unternehmensfreundlich sein.

Für Berlin als internationale Metropole und Heimat eines sehr vielfältigen innovativen Mittelstandes sind die Kooperation und der Handel mit ausländischen Unternehmen ein wichtiger Bestandteil und Wachstumstreiber. Nur wenn die Rahmenbedingungen dafür klar definiert sind, können die Berliner Unternehmen dieses Potential für sich nutzen.

### Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin

- zur Schaffung einer innovationsfreundlicheren Stadt beitragen und das Risiko des Scheiterns von Innovationsprojekten senken, u.a. durch eine Positionierung zur Weiterentwicklung der Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg; die Entwicklung von Kennzahlen befördern, um Berlins Innovationspotenzial und –leistung international vergleichbar zu machen;
- um Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung für Innovationen der Berliner Wirtschaft zu begeistern, eine Kommunikationsstrategie zu innovationspolitischen Themen entwickeln und durchzuführen, die interne und externe Kommunikationsmaßnahmen beinhaltet (z.B. Homepage, Social Media, Pressearbeit, Berliner Wirtschaft);

- innovationsrelevante Themen des Berliner Senats mit Fokus auf die Berliner Zielmärkte begleiten, Innovationen aus Berlin internationale Sichtbarkeit verschaffen und Innovationen aus der Welt für Berlin „scouten“, um den Berliner Innovationsstandort zu stärken; das Innoscouting-Konzept aus 2023 wird dabei weiter umgesetzt und auf neue Themen und Regionen angewendet;
- Förderinitiativen des Bundes begleiten und ihre Anwendung in Berlin sowie die Beteiligung durch die Berliner Wirtschaft in themengebundenen Calls prüfen (inkl. SPRIND und DATI), Netzwerke knüpfen, um bundespolitisch an Einfluss zu gewinnen und hierdurch positive Wirkung auf den Standort Berlin zu erlangen sowie außerdem Erfahrungen der Berliner Wirtschaft mit Förderprogrammen an die Landes- und Bundespolitik weitergeben;
- eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den relevanten Stakeholdern der Stadt aufbauen, um gemeinsame Positionierungen zur weiteren Etablierung von sozialen Innovationen zu entwickeln;
- Stakeholdergespräche auf Basis der Digitaloffensive 2.0 führen, um Positionen und digitalpolitische Maßnahmen anzuregen, dies beinhaltet auch die aktive Positionierung zu zentralen politischen Maßnahmen wie bspw. dem Digitalgesetz;
- sowohl die Umsetzungsphase der Berliner Digital- und Smart-City-Strategie („Gemeinsam Digital: Berlin“) als auch der Open Data Strategie und der Open Source Strategie kritisch und unterstützend begleiten und dabei die Bedürfnisse der Wirtschaft sowie konkrete Nutzungsfelder für Unternehmen einbringen;
- für die Förderung der Digitalisierung der Berliner Unternehmen eintreten. Dies beinhaltet sowohl den Einsatz für eine aufgestockte Neuauflage des Förderprogramms Digitalprämie als auch die kritische Begleitung der Arbeit der Digitalagentur, damit deren Angebot zielgerichtet den Bedarfen der Berliner Unternehmen entspricht;
- angesichts der verschärften Bedrohungslage für digitale Systeme und kritische Infrastrukturen durch die gesteigerte Aktivität staatlicher und nichtstaatlicher Akteure sich gemeinsam mit Partnern dafür einsetzen, dass das Wirtschaftsschutzniveau in Berlin gehoben wird, u.a. durch eine verbesserte Sicherheitskooperation zwischen Wirtschaft, Politik und Sicherheitsbehörden sowie einen Ausbau der Sensibilisierungs- und Unterstützungsangebote für Unternehmen für digitale und physische Sicherheitsmaßnahmen; hierbei werden auch Cyberangriffe staatlicher Akteure („Cyber-War“) in den Blick genommen;
- um die Zahl der Ausgründungen aus Hochschulen durch IP-Freistellungen zu steigern ein Pilotprojekt gemeinsam mit einer wissenschaftlichen Einrichtung auf den Weg bringen;
- die Pilotierung des KMU-Büros durch die HTW Berlin eng begleiten und die Pilotierung vergleichbarer Büros an weiteren Hochschulen einfordern. Hierbei soll insbesondere die Unternehmensperspektive eingebracht werden und die Vernetzung der Büros unterstützt werden;
- die Planung und den Bau des Nationalen Translationszentrum für Gen- und Zelltherapie weiter forcieren und unterstützen, da dieses den Nukleus des Ökosystems am Gesundheitsstandort Berlin mit internationaler Strahlkraft bilden wird;

- die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der Berliner Gesundheitswirtschaft weiter kritisch begleiten und durch fachpolitischen Input verbessern;
- die Umsetzung des Masterplans Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg im Sinne der Unternehmen sowie gesundheitspolitische Regulierungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene begleiten; im Speziellen u.a. die Einführung des E-Rezeptes in 2024, die wir begrüßen, wobei in der praktischen Umsetzung auf die Einhaltung des Zuweisungsverbot geachtet werden muss, um Wettbewerbsverzerrungen (z.B. durch den Versandhandel) zu vermeiden. Außerdem Maßnahmen aus dem Bürokratieabbau-Gesetz für die Gesundheitswirtschaft positiv begleiten (Vorschläge aus der Wirtschaft wie: Präqualifizierungsverfahren, Retaxierungen, Mustervertragsklauseln für klinische Prüfungen, Gesundheitsdatennutzung sowie die Datenaufsicht bei Forschungsvorhaben);
- die Berliner Industriepolitik - insbesondere Entlang von SKIP und Masterplan - kritisch begleiten und regelmäßig fachpolitischen Input zu industrierelevanten Themen wie Energie, Flächen- und Fachkräftesicherung sowie konjunkturelle Entwicklung in die politische und öffentliche Debatte einbringen und dabei wichtige Stakeholder aus Wirtschaft, Politik und Verbänden integrieren;
- eine Position zur Verbesserung von Deep Tech-Gründungen erarbeiten und in dieser Maßnahmen entwickeln und in die politische Debatte bringen, insbesondere sind dies Vorschläge zur Anpassung vorhandener Förderinstrumente an die Bedarfe von Deep Tech-Gründungen sowie zur Weiterentwicklung von Reallaboren, Testfeldern und anderen Räumen für Experimente;
- auf eine bedarfsgerechte Neujustierung der Berliner Außenwirtschaftspolitik aufgrund tiefgreifender Transformationsprozesse in der Weltwirtschaft hinwirken, um die Resilienz der Berliner Außenwirtschaft zu stärken, u.a. durch eine Optimierung des Programms für Internationalisierung und die Entwicklung eines Region-Hub-Konzepts; politisch begleitete Delegationsreisen und politische Austauschformate (u.a. Außenwirtschaftskonferenzen) mit dem Senat durchführen und das IHK-eigene Innovationsscouting vorantreiben;
- weitere Kooperationsvereinbarungen mit Berliner Hochschulen schließen sowie in diesem Zusammenhang vereinbarte konkrete Maßnahmen und Pilotprojekte umsetzen, um Wirtschaft und Wissenschaft bestmöglich zu verzahnen, vor allem für einen zukunftsweisenden Wissens- und Technologietransfer, der z. B. auch die Stärkung des dualen Studiums und der beruflichen Lehrkräftebildung einschließt;
- gute Rahmenbedingungen für Finanzierung und Förderung im Interesse der Berliner Unternehmen mitgestalten, im Jahr 2024 insbesondere durch die Mitarbeit in den Arbeitskreisen EFRE und ESF und die Mitgliedschaft im Beirat der Investitionsbank Berlin.

## Im Service wird die IHK Berlin

- zur IT-Sicherheit, Einsatz von KI und nachhaltigen Digitalisierungserfolgen der Unternehmen beitragen, insbesondere durch die Bereitstellung von Informationen und die Durchführung von Veranstaltungen mit Partnern aus der Verwaltung, mit Behörden und weiterer verantwortlicher, öffentlicher Stellen; zu Programmen für Digitalisierung und zu unternehmensrelevanten Themen der Digitaloffensive informieren;
- Partnering-Angebote ausbauen, um etablierte Wirtschaft mit Start-ups besser zu vernetzen;
- Gründer und werdende Start-ups mit geeigneten Angeboten und Formaten – von der individuellen Beratung z.B. zur Gründung und zu Handelsregistereintragungen, über die Informationsbereitstellung bis hin zu Netzwerkveranstaltungen aktiv unterstützen und konkrete Projekte und Maßnahmen wie z.B. Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit Partnern der Wissenschaft zur Unterstützung der Steigerung des Anteils von weiblichen Gründerinnen umsetzen sowie mit vorhandenen Maßnahmen (Unternehmerinnen-Netzwerk) verknüpfen;
- den Wissenschaftsstandort Berlin sowie den Wissens- und Technologietransfer stärken durch eine engere Verknüpfung zwischen Hochschulen und Mittelstand. Maßnahmen durchführen, um Chancen für Deep Tech Startups aus Berlin zu erhöhen (z.B. Konzipierung eines IP-Festivals für 2025) und Deep-Tech-Investments zu unterstützen, z.B. durch verbesserte Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb um Kapital
- bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten, jährlich stattfindendes Format Zollupdate fortführen, Zollworkshops sowie Ländersprechtage anbieten, in 2024 insbesondere das neu gestartete Format Zollforum u.a. mit Hauptzollamt Berlin fortführen;
- Mitgliedsunternehmen, Gründer und Start-Ups dabei unterstützen, die passenden Förder- und Finanzierungsinstrumente zu identifizieren und erfolgreich zu beantragen.

## Bei den Verwaltungsaufgaben wird die IHK Berlin

- Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen, in 2024 den neu eingeführten digitalen Antragsprozess für Carnets A.T.A. (sog. eCarnet) etablieren;
- Stellungnahmen zu Gründungsvorhaben bzw. zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit von nicht EU-Bürgern im Rahmen des § 21 Aufenthaltsgesetz abgeben.

## Berlin braucht eine funktionierende Stadtverwaltung

Das Fundament einer erfolgreichen Entwicklung Berlins kann nur eine Stadt sein, die hinsichtlich ihrer Verwaltung deutlich leistungsstärker und serviceorientierter funktioniert, als dies heute der Fall ist. Der neue Senat aus CDU und SPD ging in diesem Zusammenhang mit großen Ambitionen an die Arbeit und hat die Verwaltungsmodernisierung zur Chefsache erklärt: Selbige wird nun aus dem Roten Rathaus gesteuert und vorangetrieben, was die IHK Berlin bereits seit Längerem gefordert hatte und daher ausdrücklich begrüßt. Der erhoffte „große Wurf“ für das Jahr 2023 in Sachen Bürokratieabbau, digitaler Verwaltung und schlanker sowie effektiver Prozesse ist jedoch ausgeblieben. Gleichsam hat der Senat erklärt, im Jahr 2024 zunächst konkrete Vorschläge zu unterbreiten und darauf aufbauende Reformen zu beschließen. Die IHK Berlin wird diesen Prozess weiterhin detailliert verfolgen und den Senat an dessen Umsetzung messen. Konkrete Vorschläge liegen bereits zur Genüge vor – nicht zuletzt in Form des [Businessplans](#) [„Funktionierende Stadt“](#) der IHK Berlin.

Zentral ist hierbei vor allem die Reform der vorhandenen Strukturen. Es braucht klar zugewiesene Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken sowie eine gesamtstädtische Steuerung. Unser aller Ziel sollte sein, dass der Begriff „Behörden-Ping-Pong“ der Vergangenheit angehört und nicht mehr mit der Hauptstadt assoziiert wird. Ebenso wie die Wirtschaft sieht sich auch die Berliner Verwaltung mit dem Fachkräftemangel konfrontiert – der demografische Wandel wird hier in den kommenden Jahren besonders zutage treten. Die Verwaltung muss sich daher als moderner, lernfähiger und attraktiver Arbeitgeber aufstellen, der Themen wie Mitarbeiterentwicklung oder New Work deutlich mehr Raum gibt, als dies heute der Fall ist. Beschaffung und Vergabe müssen endlich unkomplizierter, transparenter und schneller gestaltet werden. Die Vergabe ist ein potenziell schlagkräftiges Instrument, um Verwaltungsmodernisierung mit dem erforderlichen Know-how und ohne Zeitverzögerung voranzutreiben, denn die Wirtschaft hält Lösungen für Verwaltung und Stadt bereit und wäre der erste Adressat, wenn diese zu entwickeln sind. Zudem ist die Wirtschaft als „Power-User“ ein wichtiger Kunde der öffentlichen Verwaltung und kann die Kundenperspektive für alle Seiten gewinnbringend in die Modernisierungsprozesse einbringen.

### Im Bereich der Gesamtinteressenvertretung wird die IHK Berlin

- den Berliner Senat bei der Umsetzung der Projekte zur Verwaltungsmodernisierung, die Debatte um eine mögliche Berliner Verfassungsänderung sowie die Modernisierung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes (AZG) begleiten und eigene IHK-Vorschläge in die Debatte um die Verfassungsreform einbringen; im Jahr 2024 insbesondere politische Veranstaltungen (u.a. Verfassungsreform), Gesprächsformate mit Senat und Bezirken sowie anlassbezogen mit unternehmerischen Fokusgruppen;
- die Personalpolitik und -management des Senats mit innovativen Vorschlägen zu relevanten Themen begleiten; in 2024 insbesondere zum Abbau personalrechtlicher Hürden, der Lohnangleichung zwischen Land und Bezirken sowie zu personellen Effizienzpotentialen durch Digitalisierung;
- mehr Tempo bei der konsequenten Digitalisierung der Verwaltungsleistungen einfordern, in 2024 insbesondere das Projekt „Digitales Bürgeramt“ vorantreiben, ggf. Neustart der E-

Akte begleiten sowie die Umsetzung der Projektidee „Flexforce“ und die Neuausrichtung und Weiterentwicklung des IT-Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ);

- den Paradigmenwechsel in der öffentlichen Vergabe aktiv zugunsten innovativer Lösungen auf Basis von Wirtschaftlichkeit, Qualität und Nachhaltigkeit einfordern; in 2024 insbesondere das Produkt „Serviceteam Innovative Beschaffung“ (Businessplan „Funktionierende Stadt“) mit Nachdruck verfolgen und die Pilotierung anstreben; an der Novellierung des Berliner Beschaffungs- und Vergabegesetzes beteiligen; Ausbau des Netzwerkes zu den Vergabestellen und beschaffenden Fachbereichen der Verwaltung sowie weitere Austauschformate mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft;
- die Stärkung des CityLAB als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft begleiten und unter anderem bei Projekten zur Verwaltungsmodernisierung, -digitalisierung sowie Neuausrichtung der öffentlichen Vergabe seine enge Einbindung einfordern;
- auf die bessere Zusammenarbeit im Metropolraum Berlin-Brandenburg hinwirken, im Jahr 2024 u. a. durch gemeinsame Veranstaltungen der IHKs Berlin und Brandenburg sowie weiterführender Gespräche mit der politischen Spitzenebene bspw. im Rahmen einer Metropolraumkonferenz;
- eine nachhaltige Investitionspolitik des Landes einfordern und die Verausgabung der bereitgestellten Investitionsmittel begleiten sowie die Berliner Haushaltspolitik kritisch begleiten, u.a. in Bezug auf die Einrichtung neuer Sondervermögen;
- die wirtschaftliche Situation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen, z. B. in verschiedenen Formaten wie dem Konjunkturbericht oder der „Berliner Wirtschaft in Zahlen“;

### **Im Service wird die IHK Berlin**

- durch das Führen eines „Amtlichen Verzeichnisses für präqualifizierte Unternehmen aus dem Liefer- und Dienstleistungsbereich“ die Beteiligung für Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen erleichtern; insbesondere die Vorteile des Verzeichnisses durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen deutlich machen.

### **Bei den Verwaltungsaufgaben wird die IHK Berlin**

- im Rahmen des Prozesses des Registergerichts zu Handelsregistereintragungen von neu gegründeten Unternehmen, Zweigniederlassung usw. Gutachten und Stellungnahmen zur Eintragungsfähigkeit bereitstellen.

## **Berlin braucht eine leistungsstarke Industrie- und Handelskammer**

Unternehmerinnen und Unternehmer sind Treiber gesellschaftlicher Entwicklungen. Und sie sind es, die mit ihrer Leistung und der Wirtschaftskraft ihrer Unternehmen das Leben in der Stadt maßgeblich ermöglichen. Deshalb sind eine starke Vertretung und Stimme der Berliner

Unternehmen wichtig für Berlin. Die IHK Berlin verkörpert diese Stimme und sorgt dafür, dass in wirtschaftspolitische Entscheidungen der Sachverstand der Unternehmen einfließt. Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele Berliner Unternehmerinnen und Unternehmer Kenntnis von den Leistungen und Aktivitäten der IHK haben, Leistungen in Anspruch nehmen und sich bestenfalls auch in ihrer IHK engagieren.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem IHK-Ehrenamt in Vollversammlung und Präsidium, den Themenausschüssen, Branchenformaten und Ad-Hoc-Kompetenzteams und den Fachexperten der IHK und bildet die Basis für die gesamte Arbeit der IHK Berlin.

Die engste Verbindung hat die IHK Berlin zu den Unternehmerinnen und den Unternehmern in ihren Gremien, insbesondere in der Vollversammlung, im Präsidium und in den Ausschüssen. Die Vollversammlung legt als wichtigstes Organ den Grundstein für die Arbeit der IHK Berlin: Sie definiert über ihre Beschlüsse zur Finanzplanung den Rahmen und Umfang der IHK-Aktivitäten und legitimiert über die Verabschiedung des jährlichen Arbeitsprogramms die Gesamtinteressenvertretung der IHK Berlin im politischen Raum. Für die aktive Beteiligung der Mitglieder an den Gremiensitzungen ist es wichtig, die Sitzungen aktivierend und integrativ zu gestalten. Zudem wollen wir darüber hinaus durch attraktive Vernetzungsangebote den Mehrwert der Mitgliedschaft in den Gremien erhöhen. Für junge Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen wir zudem Netzwerk-Angebote über die Wirtschaftsunioren Berlin.

Eine starke IHK braucht den Rückhalt ihrer Mitglieder. Deshalb müssen wir die Berliner Unternehmerinnen und Unternehmer mehr erreichen, näher an sie heranrücken. Dafür muss sich die IHK Berlin in ihren Angeboten und in ihrer Kommunikation weiterhin und noch stärker als bisher auf diese Zielgruppe fokussieren und ihr Profil in beiden Bereichen weiter schärfen. Damit soll gleichzeitig auch positiv auf das Unternehmerbild eingezahlt werden. Der Mehrwert der Mitgliedschaft in der IHK muss erkennbarer werden, damit sich immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer der IHK Berlin verbunden fühlen, die Angebote kennen und nutzen und sich im Netzwerk der Berliner Wirtschaft für ihre Belange engagieren.

All diese Bemühungen sollen sich in einer weiteren Steigerung der Mitgliederakzeptanz und einer deutlichen Steigerung der Wahlbeteiligung im Jahr 2027 niederschlagen. Mit diesem Auftrag wird der Ausschuss "Starke IHK Berlin" auch in 2024 verschiedenste Maßnahmen in den Bereichen Eigenmarketing, Mitgliederbindung und Belegung des Ludwig Erhard Hauses anstoßen, entwickeln und als "Sounding Board" begleiten.

## In der Kommunikation an die Mitglieder wird die IHK Berlin

- skalierbare Kontaktpunkte zu Mitgliedern ausbauen, die zu einer werthaltigen Kundenresponse führt (insb. über die Steigerung einer allgemeinen Bekanntheit der IHK-Zugehörigkeit, der IHK-Leistungen/Arbeit und IHK-Benefits), u.a. über ein formales Anschreiben zu Beginn der IHK-Mitgliedschaft bzw. einem Schreiben an Mitglieder ohne Beitragspflicht;
- zusätzliche passive Mitgliedsunternehmen für eine zukünftige Nutzung von IHK-Leistungen mithilfe von sog. vertrieblichen Kontakten (insb. Unternehmensbesuche und Vertriebsveranstaltungen) aktivieren;
- die digitale Kontaktaufnahme per E-Mail mit Fokus auf den persönlichen Kontaktdaten von wahlberechtigten Unternehmerinnen und Unternehmern ausbauen, in 2024 insbesondere die Optimierung und Konsolidierung der E-Mail-Aussendungen weiterführen;
- das „IHK-Pop-up-Office“ in gewerblichen Ballungszentren als ergänzenden Kanal zur Kontaktaufnahme mit vertretungsberechtigten Personen von passiven Mitgliedsunternehmen weiterentwickeln, für das Jahr 2024 eine Tour in vier Berliner Bezirken planen;
- die Bündelung der Themen für die Kommunikation von hausweiten oder auch bereichsübergreifenden Inhalten aus z.B. Politik und Service weiterführen und ausbauen, um einen einheitlichen Auftritt und die Wiedererkennung von Kampagnen zu gewährleisten;
- das Ludwig Erhard Haus beleben, auch in 2024 die zahlreichen und erfolgreichen Formate (IHK-Großveranstaltungen, kleinere Präsenzveranstaltungen sowie digitale Angebote) planen und umsetzen sowie die externe Vermietung der Veranstaltungsflächen ausbauen und dabei ein Konzept entwickeln zur konkreten Vermarktung an diverse Netzwerke in der Berliner Wirtschaftsszene;
- eine langfristig angelegte Image-Kampagne zum ehrenamtlichen Engagement für die IHK Berlin konzeptionieren, u.a. auch mit Blick auf die Vollversammlungswahl 2027;
- die Social-Media-Aktivitäten sowohl für die operativen Leistungen, Veranstaltungen und Maßnahmen als auch für die politische Kommunikation weiter ausbauen, um die Reichweite in die Berliner Wirtschaft und die Politik weiter zu steigern;
- die IHK-Zeitschrift „Berliner Wirtschaft“ als ein modernes Magazin (Online/Offline) weiterentwickeln; in 2024 das erarbeitete Konzept für eine neue Print-/Digital-Variante der Berliner Wirtschaft umsetzen;
- Hilfestellungen für das Ehrenamt und weitere IHK-Multiplikatoren entwickeln, um in Kürze die wichtigsten Fakten rund um IHK darzustellen (u.a. Relevanz der IHK-Mitgliedschaft, Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements, Beitragsstruktur, Angebotspalette).

## Intern wird die IHK Berlin

- eine Vorstudie "zentraler Telefoneingang" durchführen: Analyse und Konzeption eines zentralen Telefoneingangs (mehr als 200.000 Anrufe p.a.), um eingehende Anrufe so zu steuern und zu bearbeiten, dass ablauforganisatorisch Effizienzen gehoben werden und das Kundenerlebnis verbessert wird;
- einen Proof of Concept zur automatisierten Datenanreicherung und KI-basierten Auswertung konzeptionieren und durchführen, um Mitgliedsunternehmen bedarfsgerechter ansprechen zu können;
- ein Projekt initiieren für ein digitales Self-Service Portal auf Basis einer eigenen Digitalisierungs- und Entwicklungsplattform insbesondere mit der Zielgruppe Unternehmerin und Unternehmer;
- eine langfristige Nachhaltigkeitsstrategie der IHK Berlin umsetzen, um in allen Aspekten unserer Arbeit im ökonomischen, sozialen und ökologischen Sinne nachhaltiger zu agieren und somit eine Rolle als Vorbild bzw. Best-Practice-Beispiel einzunehmen; in 2024 insbesondere eine EMAS-Validierung vorbereiten sowie einen Integrations-/Diversitätsmanager/in einstellen;
- durch die Einrichtung eines Coworking Spaces mit einem externen Betreiber die kleinteilige Vermietung im Ludwig Erhard Haus unterstützen und gemeinsam vermarkten; gemeinsam besondere Angebote für IHK-Mitglieder im Coworking Space entwickeln;
- die Planungen zur Sanierung und Modernisierung des Mendelssohnsaals und Konferenzzentrum finalisieren und mit den Bauarbeiten im Mendelssohnsaal beginnen; dabei auf die Schwerpunkte Verbesserung Akustik, Beleuchtung und medientechnische Ausstattung fokussieren.

